

# Der Umbau der Natur als Lösung? : Zur Gentech-Debatte

Autor(en): **Bieri, Hans**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Kultur und Politik : Zeitschrift für ökologische, soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge**

Band (Jahr): **77 (2022)**

Heft 1

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-981327>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# Der Umbau der Natur als Lösung? Zur Gentech-Debatte



Überschwemmtes Land in der Linthebene



Detailentwässerung



«Innenkolonisation» bedeutet, vormals «unproduktive» Böden im Inland landwirtschaftlich nutzbar zu machen und dabei verstärkt bäuerlich zu besiedeln. Dies wurde als Alternative zum unsicheren Import umgesetzt.

Fotos: zVg

**Hans Bieri**, Geschäftsführer der *Schweizerischen Vereinigung Industrie und Landwirtschaft* SVIL. Die Landwirtschaft ist einerseits in die Industrielandschaft eingebettet und andererseits arbeitet sie mit der lebendigen Natur wie kein anderer Wirtschaftszweig. Deshalb sind die Markt- und Produktionsbedingungen in der Landwirtschaft völlig andere als in der Industrie.

Entgegen diesem seit 100 Jahren bekannten **Konflikt mit der Naturgrundlage** wird die Landwirtschaft aus rein wirtschaftlichen Gründen trotzdem immer mehr der Industrie angeglichen, woraus dann die bekannten Konflikte mit der Naturgrundlage resultieren. Und was schlagen die Grossen dieser Welt vor? Die Natur soll umgebaut und «korrigiert» werden mit Gentechnik, Digitalisierung und Industrie 4.0, um die Schäden, welche durch die Industrialisierung der Landwirtschaft hervorgerufen wurden, zu beheben. Es wird also nicht die auf die Landwirtschaft übertragene industrielle Wirtschaftsorganisation – als nicht-gangbarer Weg – abgebrochen, sondern es soll die Natur umgebaut werden.

Gleichzeitig heisst es dann bei Klaus Schwab und den Global Leaders: «Wir stehen jetzt an einem Scheideweg. Ein Weg wird uns in eine bessere Welt führen: integrativer, gerechter und respektvoller gegenüber Mutter Natur. Der andere wird uns in eine Welt führen, die der gleiche, die wir gerade hinter uns gelassen haben – nur schlimmer und ständig von bösen Überraschungen bedroht.» (Klaus Schwab, Thierry Malleret, COVID-19: Der grosse Umbruch).

Die propagierten Eingriffe in die Genetik der Pflanzen sind nicht Resultat eines erweiterten Naturverständnisses auch über die Langzeitfolgen, das uns Menschen risikofrei ermöglicht, die Naturgrundlage schöpferisch zu erweitern, worum es ja eigentlich gehen müsste. Mithilfe der Gentechnik sollen z.B. Pflanzen aus Ertragsgründen vor Schädlingen geschützt werden. Was aber sind die Ursachen des Schädlingsbefalls als einer der vielen zunehmenden Umweltkonflikte? **Man bekommt den Eindruck, es sei einfacher, die Natur umzubauen, als den einleitend erwähnten Konflikt zu lösen.** Mit CRISPR/Cas stehe eine präzisere Technologie zur Verfügung, was den Umbau der Natur erleichtere.

Damit sind wir aber selber nicht gefeit vor weiteren «bösen Überraschungen», vor denen auch der «Great reset» warnt. Was ist dann gewonnen? Im Weltagrarbericht von 2008 hat ein Gremium von AgrarwissenschaftlerInnen im Auftrag verschiedener UNO-Organisationen den IAASTD-Weltagrarbericht (*International Assessment of Agricultural Knowledge, Science and Technology for Development*) diese Fragen aufgegriffen. Es ging darum, die Landbevölkerung durch die herrschende Wachstumswirtschaft nicht weiter vom Land zu vertreiben. Das Land sollte nicht weiter den global agierenden Kapitalinvestoren der «Food Power» geöffnet werden. Sondern umgekehrt sollte agrarpolitisch ein Teil der industriellen und gewerblichen Wirtschaftsleistung der aufstrebenden Staaten in die angestammten landwirtschaftlichen Strukturen gelenkt werden, um eine ökologische Intensivierung und ökonomische Stärkung auf der Basis der Familienbetriebe zu ermöglichen.

Das hat den Global Leaders offensichtlich nicht gepasst. So haben die globalen Kapitalinvestoren am WEF 2012 ihr Programm vorgelegt und ihre «ökologische Karte» gezogen, wie die Ökologie der weiterschreitenden Globalisierung dienstbar gemacht werden soll. Es ist genau das gleiche Programm, welches das Landwirtschaftsdepartement der USA mit der Sustainable Productivity Growth Coalition 2021 verfolgt, mit dem sie ihre *Food power* vorantreiben will. Mit Industrie 4.0 und Digitalisierung der Interaktionen zwischen Technik und den Naturprozessen sollen die bisher in der Wachstumswirtschaft zu Tage getretenen ökologischen Konflikte beseitigt werden. Damit wird jedoch nicht nur die bäuerliche Landwirtschaft definitiv verschwinden, sondern **die Ernährung wird durchindustrialisiert**. In Bezug auf die AP 22+ wird bereits angekündigt, die Agrarpolitik durch ein «Ernährungssystem» zu ersetzen.

Was endlich gelöst werden muss, ist das Einkommensproblem der bäuerlichen ProduzentInnen. Die Ökologie folgt dann ganz von selbst daraus, ohne dass die Natur umgebaut und **ein riesiger Digitalisierungsapparat anstelle der Natur aufgebaut** werden muss. Die Direktzahlungen nach Hans Popp und Hans Christoph Binswanger sollten seinerzeit das bäuerliche Einkommen sichern gegen die neoliberale Unterlaufung des Grenzschutzes durch die WTO. Wie haben sich die Bioorganisationen in dieser damaligen Auseinandersetzung verhalten? Sie wichen dem steigenden Druck dieses wirtschaftspolitischen Konfliktes immer mehr aus und versuchten das Einkommensproblem mittels Alleinstellungsmerkmalen durch eine Label- bzw. Markenstrategie am Markt zu lösen. Ihr Thema war nicht die durch die Wachstumswirtschaft verursachte **Unterbezahlung der Landwirtschaft**. Im Gegenteil! Der ungelöste Konflikt wurde zunehmend der konventionellen Landwirtschaft und dem Bauernverband in die Schuhe geschoben und sie zum Komplizen der Industrialisierung der Landwirtschaft erklärt, obwohl die ganze Landwirtschaft – ob konventionell oder bio – insgesamt unter dieser Entwicklung leidet. Dadurch scherte die Biolandwirtschaft aus der bäuerlichen Solidarität und aus dem «Flächentarifvertrag» aus. Deswegen wollte Hans Popp der Biolandwirtschaft keine Direktzahlungen ausrichten, weil sie politisch den Widerstand gegen die neoliberale WTO agrarpolitisch nicht mittrug. Was Urs Niggli schon damals nicht verstand, versteht er auch heute nicht, indem er den Wachstumszwang der Gesamtwirtschaft, dem die Landwirtschaft unterliegt, nicht als die Ursache der ökologischen Konflikte sieht, sondern allein die Produktionsweise. Damit steht nicht die Änderung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die zum Konflikt mit der Naturgrundlage führen, zur Debatte, sondern allein die Produktionsweise. Daraus ergibt sich zwingend der technologische Umbau der Natur, um nicht in Konflikt mit dem ungebrochen geltenden Wachstumsparadigma der *Sustainable Productivity Growth Coalition* zu geraten. Was nützen die ganzen *Environmental Sustainable Goals*, wenn man den einleitend erwähnten Druck der Gesamtwirtschaft auf die Landwirtschaft nicht aufgreift, sodass die Landwirtschaft nicht einmal die reinen Reproduktionskosten decken kann? **Dieses wirtschaftspolitische Ungleichgewicht muss mit wirtschaftspolitischen Mitteln behoben werden – und nicht mit Gentechnik!** ●

### Geschichte der SVIL

Die SVIL wurde am 5. Juli 1918 im Zürcher Rathaus gegründet, unter dem Namen: Schweizerische Vereinigung für Innenkolonisation und industrielle Landwirtschaft. Im Jahr 1968 wurde der Name geändert auf: Schweizerische Vereinigung Industrie und Landwirtschaft (SVIL). Die frühe Integration der Schweiz in den globalen Lebensmittelhandel ging zulasten der eigenen Versorgungsfähigkeit und führte während des 1. Weltkriegs zu einer Ernährungskrise in der Schweiz. Um die inländische Lebensmittelproduktion wieder zu sichern, wurde die SVIL von der Industrie gegründet. In den 1920er Jahren wurde durch Rodungen und die Urbarmachung von sogenanntem Ödland, durch Gewässerbegradigungen und die Entwässerung von Feuchtgebieten die im Verhältnis zur Bevölkerung knappe Anbaufläche erweitert. Der dabei von der SVIL erstellte «Kulturlandkataster» diente dann im Zweiten Weltkrieg als Grundlage für den Plan Wahlen.

Nach dem 2. Weltkrieg stiess die weitere Agrarlandgewinnung im Inland an natürliche Grenzen. Die Ziele verschoben sich zur landwirtschaftlichen Rationalisierung, Landzusammenlegungen und Arrondierung von Bewirtschaftungsflächen für die Landwirtschaft, Bau von Aussiedlerhöfen (auszusiedelnden Betriebszentren), Rationalisierung der Landwirtschaftsgebäude. Dazu kamen der Landerwerb und Landumlegungen für öffentliche Infrastruktur wie Nationalstrassen, Gas- und Hochspannungsleitungen.

In der dritten Phase seit den 80er Jahren stand der Schutz der landwirtschaftlichen Böden im Vordergrund, auf der Grundlage des Raumplanungsgesetzes von 1979 und des Umweltschutzgesetzes von 1983. Statt Neulandgewinnung sollten vielmehr die bestehenden guten ackerfähigen Böden durch Massnahmen der Raumplanung für die Ernährungssicherung reserviert werden. Dies bedeutet auch die Rückzonung zu grosser Bauzonen. Denn der enorme Druck der Wachstumswirtschaft auf die Grundlagen der Ernährung wurde zum grossen Problem, in Kombination mit einem auch durch Zuwanderung verstärktes Bevölkerungswachstum.

Seit den 1990er Jahren wurden von der SVIL Forderungen nach mehr Marktmacht für die bäuerlichen Betriebe formuliert, nachdem die staatliche Marktordnung aufgelöst war, sodass die grossen Handelsfirmen übermächtig wurden und die Preise diktierten. Auch diese Reformbemühungen sollen der Ernährungssicherheit der Schweiz dienen. Denn würde die Schweizer Landwirtschaft für die wirtschaftlichen Vorteile anderer Sektoren im Rahmen von internationalen Handelsverträgen und auch im Inland anderer Prioritäten preisgegeben, würde die Lage wieder gleich prekär wie vor der Ernährungskrise von 1918.